

Jannine Menger-Hamilton

Pressesprecherin

DIE LINKE Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Düsternbrooker Weg 70

24105 Kiel

Telefon: 0431 / 9 88 16 02 Telefax: 0431 / 9 88 16 18 Mobil: 0160 / 90 55 65 09

presse@linke.ltsh.de www.linksfraktion-sh.de

Kiel, 27. Januar 2011

24/2011

Presseinformation

Antje Jansen zur Verhandlung um die Uni Lübeck mit Katar: "Nehmen Sie die Landesregierung mit, Hamad Bin Khalifa Al-Thani (58, Emir von Katar) und lassen Sie die Uni da."

Kiel. DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag schlägt der Landesregierung vor, dem Emirat Katar ein Gegenangebot zur Beteiligung an der Uni Lübeck zu unterbreiten. Statt Universitätsanteile zu erwerben und damit Wissenschaft und Forschung aus öffentlicher Hand in Privateigentum zu überführen, könnte sich die Landesregierung selbst zum Kauf anbieten.

"Im Gegensatz zur Universität Lübeck, die unter anderem eine hervorragende Medizinerausbildung beherbergt, kann das Land auf diese Landesregierung tatsächlich verzichten", sagt Antje Jansen, LINKE Landtagsabgeordnete aus Lübeck. "Vermutlich hat ein solches Angebot wenig Aussicht auf Erfolg, schließlich liegt das, was Katar mit einem solchen Kauf an Wissen und Kompetenz bekäme, weit hinter dem, was die Uni Lübeck bietet: Wissen und Kompetenz."

Die Überführung von Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen in private Hand bedeutet für DIE LINKE einen Verlust an Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Als privat geführtes Unternehmen hätte die Universität zukünftig hauptsächlich Profitinteresse.

"Der gesellschaftliche Nutzen bleibt auf der Strecke, wenn die Uniführung nur noch die Bilanz im Sinn hat. Es war schon abenteuerlich, dass Minister de Jager Studienplätze in andere Bundesländer abgeben wollte, statt das Wissen in Schleswig-Holstein zu halten. Wer jetzt denkt, dass das Emirat Katar ohne eigenes Profitinteresse einen Haufen Geld in die Kassen spülen wird, der irrt", so Jansen. "Wir setzen uns dafür ein, dass Wissenschaft und Forschung auch in Zukunft objektiv und unabhängig arbeiten können. Deshalb muss der Ausverkauf des Landes gestoppt werden."